

1) Sondersitzung des Stadtrates am 24. November 2011

In der letzten Ratssitzung, am 17. Oktober 2011, hatte eine Bürgerinitiative dem Stadtrat eine große Anzahl von Unterschriftenlisten zur Abwahl des Oberbürgermeisters überreicht (mit nahezu 80.000 Unterschriften). Seit dieser Zeit wertete die Stadtverwaltung diese Listen aus und prüfte sie nach den gesetzlichen Vorgaben auf Anzahl und Gültigkeit. Das endgültige Prüfergebnis wurde zur Ratssitzung am 12.12.2011 erwartet. Nach der Gemeindeordnung NRW beginnt eine 3monatige Frist zur Durchführung des Abwahlverfahrens, sobald der Stadtrat das Endergebnis der Unterschriftenüberprüfung zur Kenntnis genommen hat (und natürlich nur dann, wenn die erforderliche Zahl von Unterschriften erreicht wurde). Hätte der Rat dieses Ergebnis also am 12.12.2011 bestätigt, wäre der Abwahltermin (spätestens) am 11. März 2012 gewesen.

Am 15.11.2011 beantragte die CDU eine Sondersitzung zu diesem Thema, da in diesem Moment bereits (öffentlich) bekannt war, dass die erforderliche Zahl der Unterschriften erreicht wurde. Dementsprechend wurde zum nächstmöglichen Termin, dem 24. November 2011 zur Ratssitzung eingeladen, was automatisch zur Folge hatte, dass der Stadtrat das Prüfergebnis der Unterschriftensammlung früher als geplant zur Kenntnis nehmen und bestätigen musste/sollte und dementsprechend auch früher die 3monatige Frist zur Durchführung des Abwahlverfahrens begann. Der letztmögliche Abwahl-Termin ergab sich nun am 19.02.2012, dem „Karnevals-Sonntag“. Kritiker bewerteten die rasche Beantragung der Sondersitzung durch die CDU-Ratsfraktion als Versuch, den Abwahltermin bewusst auf den Karnevalssonntag ziehen zu wollen, um so die Wahlbeteiligung zu verringern. Um diesem Vorwurf zu entgehen, schlug die CDU vor, den Abwahltermin auf den 29. Januar zu legen, was von der Stadtverwaltung aus organisatorischen Gründen für nicht durchführbar erklärt wurde. Letztendlich einigte man sich auf den 12. Februar 2012 als Abwahltermin.

Am 24. November 2011 fand dann eine sehr emotionale und kämpferische Ratssitzung statt, bei der alle Fraktionen nicht nur die Prüfung der Unterschriften zur Kenntnis nahmen und den Abwahltermin beschlossen, sondern auch zu grundsätzlichen Meinungs- und Positionsbestimmungen ansetzten. Oberbürgermeister Adolf Sauerland selbst war nicht anwesend, daher leitete der erste stellvertretende Bürgermeister, Herr Benno Lensdorf (CDU) die Sitzung, die bis zum Sitzungsbeginn natürlich wieder von vielen Kamerateams, Fotografen und Pressevertretern begleitet wurde. Während die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Linken, Grünen und FDP herausstellten, dass es bei diesem Abwahlverfahren um die politische Verantwortung und das Verhalten des Oberbürgermeisters nach der Loveparade geht und nicht um seine Parteizugehörigkeit und ihn erneut dazu aufforderten, in den kommenden 7 Tagen (wie es die Gemeindeordnung vorsieht) freiwillig zurück zu treten, griffen Vertreter von CDU und DWG die zahlreichen Besucher auf den Tribünen des Rathauses an – und erteten laute Zwischenrufe, Buhrufe und Pfiffe.

Die Prüfung der Unterschriften hatte ergeben, dass insgesamt 79.915 Unterschriften eingereicht wurden, davon waren nach Aussage der Stadtverwaltung 12.586 ungültig. SPD, Linke und Grüne stellten in einem gemeinsamen Antrag fest, dass Ergebnis so zu bestätigen, sich jedoch weitere detaillierte Prüfungen der ungültigen Unterschriften vorzubehalten zu wollen. An der Abstimmung zu diesem Antrag beteiligte sich die CDU nicht, alle anderen Fraktionen stimmten dem Antrag zu.

Bei der Oberbürgermeisterwahl im Jahre 2009 gab es neben den üblichen Wahllokalen auch 7 Briefwahlstellen in allen 7 Bezirksämtern. Bei der letzten Wahl (Landtagswahl 2010) gab es nur noch eine zentrale Briefwahlstelle in Neudorf. Um die gleichen Voraussetzungen wie bei der Wahl 2009 zu schaffen, beantragte die FDP-Ratsfraktion die erneute Einrichtung aller 7 Briefwahlstellen. Dagegen stimmte nur die DWG-Fraktion, alle anderen stimmten diesem Antrag zu.

2) Sitzung des Stadtrates am 12. Dezember 2011

Die letzte Sitzung des Stadtrates in diesem Jahr fand am 12. Dezember statt. Da das Thema „Abwahl des Oberbürgermeisters“ nur eine untergeordnete Rolle spielte, waren auch deutlich weniger Kamerateams und Fotografen anwesend, als es noch in der letzten Sitzung der Fall war. Dennoch schlug die aggressive Stimmung, die im Ratssaal seit dem Loveparade-Unglück herrscht, direkt zu Beginn durch, als der Fraktionsvorsitzende der Linken, Hermann Dierkes, den Oberbürgermeister aufforderte, die Sitzungsleitung abzugeben, da gegen ihn (den OB) aktuell staatsanwaltschaftlich ermittelt würde, was natürlich sofort zu empörten Zwischenrufen aus Reihen der CDU und der DWG führte. Der Oberbürgermeister stellte kurz klar, dass er dazu keine Veranlassung sehe und eröffnete die Sitzung.

Es war das erste mal in den vergangenen 10 Jahren, dass die Unterlagen zur Ratssitzung 3 komplette Aktenordner füllten, daher erwarteten die Ratsmitglieder auch kein schnelles Ende der Sitzung. Und tatsächlich dauerte allein die **Diskussion zur Tagesordnung**, also welche Tagesordnungspunkte noch dazukommen und welche nicht behandelt werden sollten, schon über 20 Minuten.

An Tagesordnungspunkt 1 standen nahezu 200 sogenannte „**freiwillige Leistungen**“ der Stadt, die die Verwaltung zusammengetragen hatte und die dem Rat nun zum wiederholten male zur finanziellen Beratung vorlag. Die Liste reichte von kleinsten Summen wie z.B. 58,- Euro Jahresbeitrag für die städtische Mitgliedschaft in einer Organisation, bis zur kompletten Abschaffung der Deutschen Oper am Rhein. Bevor es zur Diskussion über jeden einzelnen Punkt kam, beantragte die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt nicht in der heutigen Sitzung zu beraten, sondern erst innerhalb der Haushaltsberatungen zu behandeln. Die Fraktionen von CDU und DWG ließen es sich natürlich nicht nehmen, der SPD die Verschleppung, der aus ihrer Sicht dringend erforderlichen Streichungen, vorzuwerfen. Die SPD begründete ihren Antrag damit, dass der neue kommunale Stärkungspakt des Landes zwar beschlossen sei, aber noch nicht endgültig feststehe, wie viele Mittel es für Duisburg gäbe und wie viel (genau) die Kommune dann noch sparen muss. Erst wenn dies alles genau geklärt wäre, wolle man über Streichungen reden, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Mettler. Grüne und Linke schlossen sich diesem Gedanken an, die FDP stimmte ebenfalls zu, da sie die Streichung von freiwilligen Maßnahmen nach wie vor für unnötig hält. Diese würden aus Sicht der FDP zu großen Unruhen in der Bevölkerung sorgen, da zwar viele Institutionen, Verbände, Organisationen und Vereine im kulturellen, sozialen und sportlichen Bereich finanziell beschädigt und/oder ruiniert würden, aber zur Tilgung von städtischen Schulden nur sehr wenig dabei herum käme. Die FDP setzt nach wie vor darauf, städtische Gesellschaften, Aktien- und Gesellschaftsanteile zu verkaufen, die dem Bürger ohnehin keinen Nutzen, aber der Stadt enorme Summen einbringen würden. Insofern konnte sich die FDP-Ratsfraktion teilweise der Argumentation der SPD anschließen, nur unter ganz anderem Vorzeichen: „zuerst solle die Stadt ihre ‚Hausaufgaben‘ machen , d.h. sich von überflüssigen Gesellschaften und Aktienanteilen trennen und erst dann könne man über Streichungen bei den Bürgern nachdenken.“

Alle Beratungsunterlagen, die sich mit der städtischen **Wohnungsbaugesellschaft Gebag** beschäftigten, wurden zum neuen Top 3 zusammengezogen. Zunächst wurde als neuer Geschäftsführer der zukünftigen GmbH Herr Dr. Utz Brömmekamp gewählt. Die Banken hatten die mbb-Consult beauftragt, die Gebag zu sanieren und dazu Herrn Dr. Brömmekamp in das Unternehmen entsendet. Er wird also übergangsweise die Gebag (gewissermaßen) in Doppelfunktion leiten. Über die bisherigen Geschäftsführer wurde in dieser Ratssitzung nicht gesprochen. Dann wurden die Mitglieder des bisherigen AG-Aufsichtsrates zu Mitgliedern des zukünftigen GmbH-Aufsichtsrates gewählt, ergänzt durch Sparkassendirektor Witte, der auf Wunsch der Gläubiger-Banken den Vorsitz übernehmen wird. Weiterhin wurden die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat gewählt. Hier gab es im Vorfeld der Sitzung Irritationen, da der Stadtrat aus der 10er-Liste, die die Gebag-Arbeitnehmer gewählt hatten, 5 Personen hätte frei auswählen können. Die FDP-Ratsfraktion hatte sich mit dem Thema vorher beschäftigt und festgestellt, dass dies in der Vergangenheit tatsächlich auch so geschehen ist. In früheren Zeiten wurden oft aus Arbeitnehmer-Vorschlagslisten die Personen mit entsprechendem Parteibuch ausgewählt. Diesmal hatten sich alle Fraktionen bereits vorher dahingehend geäußert, dass sie auf jeden Fall die von den Arbeitnehmern gewählte Reihenfolge akzeptieren werden. Dann wurde dem Rat die Endfassung des neuen GmbH-Gesellschaftsvertrages vorgestellt und letztendlich noch die Gebag-Anteile an der „Wohnbau Dinslaken GmbH“ verkauft, um für neue Liquidität im Unternehmen zu sorgen. Der (aus Sicht der Gebag) positive Jahresabschluss der

Gebag für das Jahr 2010 hingegen, wurde nicht beraten und nicht beschlossen. Auch hier beantragte die SPD die 1. Lesung der Vorlage und stellte gleichzeitig die Frage, warum darin nicht die Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrates aufgeführt wurden.

Die **Wirtschaftspläne** für 2012 der städtischen Gesellschaften „Duisburg Marketing“, „Frische Kontor“ und „Klinikum“ wurden einstimmig beschlossen, wobei das Klinikum mit einem Plus von 7,3 Mio. Euro plant, Frische Kontor mit 59.000 Euro 'Minus' und Duisburg Marketing über 8 Mio. Euro Zuschuss benötigen wird.

Bei dem folgenden Top 9 hatte der Rat kaum eine andere Wahl, als zuzustimmen. Hier informierte der Kämmerer darüber, dass im **Personalhaushalt 2011 mit Mehrausgaben** von vielen Millionen Euro gerechnet werden müsse, da die ursprünglichen Planungen ohne Beförderungen und Tarifsteigerungen der städtischen Mitarbeiter erfolgt sind, zu denen es aber im Laufe des Jahres dann doch gekommen ist, da die Finanzaufsicht, entgegen aller Erwartungen, doch zugestimmt hatte. Durch Mehreinnahmen bei Steuern und Einsparungen an anderen Stellen konnte die Summe im Gesamthaushalt kompensiert werden.

Zum dritten male stand die **Genehmigung der Bezahlung des Gutachtens** auf der Tagesordnung, dass die Verwaltungsspitze nach dem Loveparade-Unglück, ohne Anweisung und Zustimmung des Stadtrates, in Auftrag gegeben hatte. Bereits in den vergangenen Sitzungen hatte der Kämmerer versucht zu erklären, dass es sich bei den 504.600,- Euro lediglich um einen finanztechnischen Buchungsvorgang handele. Die Mehrheit des Rates sah die Problemstellung an anderer Stelle, weil die Verwaltung nach der städtischen Geschäftsordnung bei Aufträgen über 300.000,- Euro immer zunächst die Genehmigung des Rates einholen muss. Die eigentliche Zahlung an die Rechtsanwaltskanzlei ist schon vor langer Zeit durch einen sog. Dringlichkeitsbeschluss erfolgt, der frühzeitig (und stellvertretend für den gesamten Stadtrat) von 2 Ratsmitgliedern (je 1x SPD und CDU) unterschrieben wurde. Dennoch sehen sich SPD, FDP und auch die Linke auch heute noch von der Verwaltung getäuscht und werfen den Verantwortlichen vor, diese Zahlung versteckt und ohne Genehmigung geleistet zu haben um der politischen Diskussion der Erforderlichkeit aus dem Wege zu gehen. Alle anderen Fraktionen stimmten der Vorlage zu, erreichten aber keine Mehrheit. Bereits in der letzten Ratssitzung hatte der Kämmerer erklärt, dass sich als einzige Konsequenz ein Buchungsfehler im Jahresabschluss der Stadt ergeben würde.

Einstimmig genehmigte der Rat dann die (weiteren) **überplanmäßigen Aufwendungen im Rechtsamt** der Stadt. Hier hatte der Rechtsdezernent, Wolfgang Rabe, bereits in der letzten Sitzung erklärt, dass in den 757.000,- Euro viele Kosten für die juristische Vertretung von städtischen Mitarbeitern, gegen die die Staatsanwaltschaft in Sachen Loveparade ermittelt, enthalten seien. 200.000,- Euro davon wurden vom Kämmerer bereits im Laufe des Jahres genehmigt, weitere 300.000,- Euro hatte der Stadtrat nach heftigen Diskussionen in der letzten Sitzung genehmigt, für die verbleibenden 257.000,- Euro hatte der Rat eine Auflistung gefordert, die nun vom Rechtsamt vorgelegt wurde.

Unter Top 14 wurde die „siebte Änderung der **Verordnung über Beförderungsentgelte** und –bedingungen für die von der Stadt Duisburg zugelassenen Taxen“ beschlossen. Die Taxiunternehmen hatten den Rat darum gebeten, nach vielen Jahren gleichbleibender Preise, ihre gestiegenen Diesel-, Wartungs-, Unterhaltungs- und Personalkosten angleichen zu können. Nach dem nun beschlossenen Tarifplan werden Kurzstecken zukünftig geringfügig teurer, längere Strecken aber günstiger.

Weiterhin wurde einstimmig die **Einrichtung eines Unterausschusses** des Schulausschusses mit dem Titel „**Universität**“ beschlossen, der sich mit „Angelegenheiten und Entwicklungsperspektiven der Duisburger Uni im Kontext mit der Duisburger Stadtgesellschaft“ beschäftigen soll. Der Schulausschuss hatte die Einrichtung gewünscht, die Mitglieder werden keine Sitzungsgelder bekommen, der Ausschuss soll nur beratend tätig werden. Da hier also keine Kosten entstehen und vermutlich auch kein Schaden angerichtet werden kann, stimmte auch die FDP-Ratsfraktion dem zu, obwohl sich der Sinn dieses Gremiums nicht jedem sofort erschloss. Noch nicht geklärt wurde die Zusammensetzung und politische Besetzung des Forums, das wird demnächst im Schulausschuss entschieden.

Der elterliche Eigenanteil am „**SchokoTicket**“ der DVG, dass von schulpflichtigen Kindern für die Fahrten von und zur Schule vergünstigt erworben werden kann, wurde bisher in jedem Jahr erhöht. Eine erneute Preiserhöhung des „SchokoTickets“ (auf monatlich 12,- Euro pro Kind) lehnte die FDP als einzige Fraktion im Rat ab. Auch in diesem Fall gilt die „Finanzformel“ der FDP-Ratsfraktion: *Zuerst*

sollte die Stadt bei ihren eigenen Gesellschaften sparen (z.B. bei der DVG), danach können die Bürger zur Kasse gebeten werden.

Unter der gleichen Prämisse bat die FDP bei der **Einrichtung von 300 Ganztagsplätzen** in Schulen um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte. Denn die Erweiterung des Platzangebotes ist auch aus Sicht der FDP zu begrüßen, die von der Verwaltung vorgeschlagene Finanzierung, über eine drastische Erhöhung der Elternbeiträge (Verdopplung bei Einkommen über 30.000,- Euro), nicht. Da die Zahl der Schüler in den kommenden Jahren ohnehin dramatisch sinken wird, werden zukünftig viel mehr Räume und Personal für die Nachmittagbetreuung zur Verfügung stehen als heute, so das sehr zweifelhaft ist, ob eine so kräftige Erhöhung der Elternbeiträge wirklich nötig ist, um die Zahl der Plätze zu erhöhen.

Eine heftige Debatte entbrannte unter den Parteien beim Thema „**Handlungskonzept zum Umgang mit Zuwanderern aus Südost-Europa**“. Die Stadtverwaltung hat eine Beschlussvorlage erarbeitet, in der aufgelistet wurde, wie man zukünftig mit den geschätzten 4.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien umgehen möchte, die sich seit einigen Jahren vor allem in Hochfeld niedergelassen haben. Die Kinder dieser legal eingewanderten EU-Bürger werden weder zur Schule noch zum Arzt geschickt, viele Frauen prostituieren sich und Männer gehen illegalen (und vermutlich oft auch kriminellen) Beschäftigungen nach. Oft leben hier 16 Personen in einem einzigen, zu Wucherpreisen angemieteten, Zimmer zusammen. Allerdings stellte die Verwaltung in der Vorlage lediglich dringenden Handlungsbedarf fest und forderte finanzielle Mittel von Land, Bund und EU für weitere Handlungen. Dem widersprachen einige Politiker deutlich und forderten sofortige Maßnahmen in Zusammenarbeit des Ordnungsamtes, der Polizei, des Zollamtes und örtlichen Organisationen. Außerdem sollten Jugendamt und Schulbehörde sofort ihren Pflichten nachkommen und dafür Sorge tragen, dass die Kinder die erforderliche medizinische Betreuung erhalten und die Schulpflicht eingehalten wird. Dies wiederum erzürnte den zuständigen Dezernenten Karl Janssen, dass er lautstark kund tat, die Verwaltung komme hier bereits seit langer Zeit ihren Pflichten nach, im Gegensatz zur Politik – was die ohnehin hitzige Atmosphäre nicht verbesserte. Die DWG-Fraktion hatte einige Zusatzanträge gestellt, z.B. zur dauerhaften Installation von Videoüberwachungsanlagen in Hochfeld oder „Zielvorgaben zur erwünschten Bevölkerungsentwicklung“ in den einzelnen Stadtteilen zu beschließen. Fast alle Fraktionen lehnten diese Anträge ab. Letztendlich beschloss der Rat einstimmig die Verwaltungsvorlage, jedoch mit den oben genannten Zusätzen.

Einstimmig beschloss der Stadtrat, aus den Mitteln des Bundes des sogenannten „**Bildungs- und Teilhabepaketes**“ 45 geeignete Fachkräfte für die Schulsozialarbeit einzustellen. Die Gelder gehen an die großen Duisburger Wohlfahrtsverbände und die Schulsozialarbeiter werden dann von diesen eingestellt.

Ohne Diskussion aber nicht einstimmig beschloss eine Mehrheit aus Grünen, SPD, Linken und DWG die **Änderung der städtischen Baumschutzsatzung**. CDU, Oberbürgermeister und FDP stimmten dagegen. Die FDP wollte diese Satzung aus vielerlei Gründen bereits 2009 komplett abschaffen, die CDU erklärte, dass sie ihre Änderungswünsche in der neuen Version nicht einbringen konnte und deshalb dagegen sei.

Bei Stimmenthaltungen von 2 einzelnen CDU-Mitgliedern und der Fraktion der Grünen, beschlossen die übrigen Ratsmitglieder **Einsparungen im Botanischen Garten Hamborn**, was den Verzicht auf die tropischen Gewächshäuser zur Folge hat, sie werden zukünftig nicht mehr beheizt und/oder die Verglasung wird entfernt, so das nur noch die (evtl. beleuchteten) „Stahlgerippe“ der Häuser verbleiben. Bis zu diesem Tagesordnungspunkt waren die Besuchertribünen noch gefüllt mit Freunden der Gewächshäuser, die bereits im Flur vor der Ratssitzung mit Transparenten protestiert hatten. Nun leerten sich die Tribünen.

Überraschend temperamentvoll wurde beim „Integrierten Handlungskonzept für die **Duisburger Innenstadt**“ diskutiert. Gegen das Konzept der Stadtentwicklung und der Beantragung von Fördergeldern hatte niemand etwas, die SPD wollte nur den Teil aus dem Beschluss herausnehmen, indem eine Studie zur Entwicklung des Altstadt-kerns erstellt werden sollte. Stattdessen sollten Maßnahmen in den einzelnen Stadtbezirken den Vorzug gegeben werden. Stadtdirektor Dr. Greulich, der z.Z. auch für den Bereich Stadtplanung zuständig ist, trat vehement dafür ein, „dass eine zu tun, ohne das andere zu lassen“. Die SPD wollte aber unbedingt der „Bevorzugung der City“ und der „Benachteiligung der Bezirke“ entgegen wirken. Letztendlich beschloss eine hauchdünne Mehrheit aus

SPD-Fraktion, Linken und Frau Leiße von den Grünen, dass keine Studie zur Entwicklung des „Altstadtkerns“ erstellt und somit auch keine Fördermittel beantragt werden sollen.

Natürlich wurden in dieser Ratssitzung auch wieder zahlreiche **Bebauungspläne** aufgestellt oder verändert. Diesmal in Wehofen, Marxloh, Alt-Hamborn, Röttgersbach, Beeck, Ruhrort, Baerl, Dellviertel, Hochfeld, Wanheimerort, Hochemmerich, Buchholz und Großenbaum. Die FDP sprach sich nur in einem Fall dagegen aus, da es sich bei der Aufstellung eines B-Planes in Hochemmerich, nach Ansicht des Rheinhauser FDP-Bezirksvertreters, um eine bewusste Verhinderungsplanung handelt.

Die städtische Gesellschaft „**Einkauf und Service Duisburg**“ (**ESD**) sollte nach Vorstellung der Verwaltung – nach dem Finanzskandal um die ehemalige Geschäftsführerin – nun umstrukturiert werden. Teile der Leistungspalette sollten in den IMD, in die Kernverwaltung oder eigenständig bleiben. Die CDU beantragte, den kompletten Einkauf wieder zurück in die Kernverwaltung zu nehmen. Der Rat stimmte komplett gegen den Vorschlag der Verwaltung und außer der CDU selbst, auch alle gegen den CDU-Vorschlag. Somit bleibt alles so wie es ist, d.h., dass der ESD weiter als „eigenbetriebsähnliche Einrichtung“ bestehen bleibt.

Einstimmig wurden die Änderung der **Abfallentsorgungssatzung**, Abfallentsorgungsgebührensatzung, Abwassergebührensatzung, Abwasserbeseitigungssatzung und die Straßenreinigungs- und Gebührensatzung beschlossen. In keinem Fall erhöhen sich die Gebühren, im Falle der Abfallentsorgung erfolgt eine ganz neue Berechnungsgrundlage, die auf einem Grund- oder Sockelbetrag je Haushalt plus tatsächlicher Müllmenge beruht.

FDP und DWG hatten einen gemeinsamen Antrag zur Abstimmung gestellt, wonach die **Anfangszeiten der Ausschusssitzungen** flexibler gestaltet werden, d.h. auch mal etwas später als 15:00 Uhr beginnen sollten. Der dritte stellvertretende Bürgermeister, Erkan Kocalar (Linke, Betriebsrat) erklärte FDP und DWG, dass sich Arbeitnehmer freistellen lassen könnten und dieses Recht auch mit Nachdruck durchsetzen sollten... Der Rat einigte sich ohne Abstimmung darauf, dass der Ältestenrat sich dieses Themas annehmen soll.

Kommentarlos lehnte eine große Ratsmehrheit einen weiteren Antrag der DWG ab, wonach die Bürger 'online', also nahezu kostenlos, zu einem neuen, geeigneten **Namenszusatz auf den „Stadt-Duisburg“-Schildern** befragt werden sollten. Nur die FDP stimmte zu.

Zu fortgeschrittener Stunde nahm der Rat **zahlreiche Mitteilungsvorlagen** zur Kenntnis. Hierbei muss nichts beschlossen werden, meist handelt es sich um Vorlagen, von denen die Stadtverwaltung annimmt, dass der Rat über das Thema, den Sachverhalt oder den Stand einer bestimmten Entwicklung informiert sein sollte. So wurde informiert über die wirtschaftliche Entwicklung der GFW, über die Erstellung eines verwaltungsinternen Haushaltssanierungsplanes, zum Jahresergebnis der Stadt, zum Gemeindefinanzbericht des Städtetages NRW, über die Entwicklung nach der Erhöhung der Eintrittspreise bei den Philharmonikern und beim Schauspiel, über die Städtepartnerschaften, über den neuen Schulentwicklungsplan, über die Situation zur Unterbringung von Asylbewerbern, über die (Nicht-)Umbenennung von Duisburger Autobahnausfahrten, über den Abschlussbericht zum Neubau der Berufsschule in Neudorf und einiges andere mehr.

Die Genehmigung des Jahresabschlusses der städtischen Gesellschaft **DuisburgSport** wurde auf die nächste Sitzung geschoben und der **Jahresabschluss der DBV** (Gesellschaft der Gebag), indem der ehemaligen Geschäftsführerin Entlastung erteilt werden sollte wurde ebenfalls geschoben.

Zu Sitzungsbeginn hatten SPD und auch CDU jeweils einen Antrag gestellt, wonach sie Auskunft und Erklärungen zu den öffentlich gewordenen **Ermittlungen der Staatsanwaltschaft**, im Zusammenhang mit Grundstücks- und Bauprojekten im Innenhafen, erbaten. Der Geschäftsführer der Innenstadtentwicklungsgesellschaft (IDE), Dr. Ralf Oehmke, erläuterte in einem 30minütigen Vortrag die zeitlichen Abläufe der Grundstücksvergaben und Verkäufe. Seine Erklärungen klangen logisch und waren nachvollziehbar, demnach war alles rechtens, was die Staatsanwaltschaft, seiner Meinung nach, auch bald feststellen wird.

Um 20:30 Uhr endete die letzte Sitzung des Duisburger Stadtrates in diesem Jahr. Am 30. Januar 2012 trifft sich der Rat erneut, jedoch ausschließlich zur Einbringung des städtischen Haushalts für 2012. Die erste reguläre Sitzung des Rats ist erst wieder für den 26. März 2012 geplant.